

Übungsfall 2 zur Arzthaftung

Der Beklagte **B** ist Facharzt für Radiologie und betreibt eine Ordination mit Kassenvertrag. Am 15. 3. 2005 ließ er sich dort von Univ.-Doz. Dr. Stephan **G** vertreten. An diesem Tag suchte der Kläger **K** - über Empfehlung seines Hausarztes **H** - zum ersten Mal die Ordination des ihm zuvor nicht bekannten **B** auf. Der **G** führte am **K** eine Darmuntersuchung (Irrigoskopie) durch. Der dem **K** nach der Untersuchung übergebene schriftliche Befund weist im Kopf Name, Anschrift und Ordinationszeiten des **B** auf; der Befund war vom **G** unter Anführung seines eigenen Namens unterhalb der Wortfolge „Mit bestem Dank für die Zuweisung und kollegialen Grüßen“ unterschrieben. Der **B** rechnet in solchen Vertretungsfällen die vom **G** gegenüber dem Patienten erbrachten Leistungen selbst mit dem zuständigen Sozialversicherungsträger ab und entlohnt den **G** direkt abhängig von der Zahl und der Art der von ihm vorgenommenen Untersuchungen. Auch der **G** ist Facharzt für Radiologie, besitzt verschiedene Zusatzausbildungen und war Professor am Allgemeinen Krankenhaus in Wien; er führt keine eigene Ordination und hat den **B** in den vergangenen Jahren immer wieder im Fall von Verhinderungen in dessen Ordination vertreten.

Der **K** begehrte 50.000 EUR sA Schadenersatz und die Feststellung, dass der Beklagte ihm gegenüber für die Folgen der nicht lege artis durchgeführten Untersuchung und Befundung vom 15. 3. 2005 hafte. Der in dessen Ordination erstellte Befund sei mangelhaft gewesen. Zur Abklärung der in den Bildern erkennbaren, aber im Befund nicht erwähnten Auffälligkeiten in Gestalt eines „Apfelputzentumors“ hätte unverzüglich zumindest eine Coloskopie durchgeführt werden müssen. Dann hätte sein nunmehriger Zustand verhindert werden können. Er leide mittlerweile - nicht einmal eineinhalb Jahre später - an einem stenosierenden Rektumkarzinom mit Leber- und Lungenmetastasen; er habe sich wegen eines drohenden Darmverschlusses operieren lassen und Chemotherapien unterziehen müssen. Spät- und Dauerfolgen seien nicht ausgeschlossen. Der **K** sei davon ausgegangen, dass der im Befund genannte Name des Vertreters ein Mitarbeiter des Beklagten sei. Auch auf den Röntgenaufnahmen sei der Name des Beklagten aufgeschienen.

Der **B** beantragte die Abweisung des Klagebegehrens. Die dem medizinischen Standard entsprechende Untersuchung des Klägers habe nicht er, sondern sein Vertreter **G** als Substitut durchgeführt. Dieser Umstand sei bereits im Befundbericht offengelegt worden. Außerdem sei die Irrigoskopie ordnungsgemäß durchgeführt worden. Die behauptete verzögerte Diagnostik sei für den jetzigen Zustand des Klägers nicht ursächlich.

Beurteilen Sie diesen Sachverhalt:

- 1) Wenden Sie das Fallprüfungsschema auf alle Personen im Sachverhalt an
- 2) Gehen Sie davon aus, dass der Befund des G falsch war und man den Tumor bei der Irrigoskopie hätte sehen können. Ändert sich Ihre Beurteilung, wenn man mittels Irrigoskopie nur a) 10%, b) 30%, oder c) 75% der Tumore erkennen kann.
- 3) Achten Sie auch insbesondere auf die Kausalität
- 4) Stellen Sie fest ob und wer in Vertretung gehandelt hat und ob ein Konsil, eine Überweisung oder ein anderes Verhältnis vorliegt